

SOLIDARISCH



DIE MENSCHENRECHTE UND DIE FLÜCHTLINGSKONVENTION müssen weiterhin strikt eingehalten werden – trotz wachsendem Rechtspopulismus.

Prüfstein für Anstand, Rechtsstaat und Menschenrechte



Tim Guldemann,
Nationalrat SP,
Zürich

Weltweit sind heute 60 Millionen Menschen auf der Flucht. 20 Millionen haben ihr Land verlassen müssen. Nur vier Millionen von ihnen haben es in ein fernerer, reicheres Land geschafft. Mit anderen Worten: Von 15 Flüchtlingen hat nur ein einziger Aufnahme in einem Land wie der Schweiz gefunden. Diese eine Person ist in Europa als Teil des so genannten «Flüchtlingsproblems» angekommen. Das Elend der andern 14 findet sonst wo statt.

Ursachen vor Ort bekämpfen

Kriege haben Ursachen. Diese müssen bekämpft werden. Die SP unterstützt die aktive Friedens- und Vermittlungspolitik der Schweiz, zum Beispiel in Syrien. Sie verurteilt aber gleichzeitig die skandalösen Waffenexporte in die Region, die der Bundesrat noch erleichtert hat. Waffenexporte sind Kriegstreiber.

Das Flüchtlingselend in Krisengebieten ist ein wichtiger Grund, warum Menschen ihre

Flucht bis nach Europa fortsetzen. Die internationale Hilfe vor Ort ist ungenügend. Die SP setzt sich für eine Verstärkung dieser Hilfe ein. Weil der Zugang zu den Kriegsgebieten, so zum Beispiel nach Syrien hinein, sehr schwierig ist, muss sich die Hilfe auf die Nachbarschaft konzentrieren. Dort muss sie auf breiter Basis geleistet werden, um die Integration in die lokale Gesellschaft zu erleichtern. Das Geld ist aber beschränkt, und die SP konnte nicht verhindern, dass das Parlament die Mittel für die internationale Zusammenarbeit im Vergleich zum Bundesbudget gekürzt hat. Das führt zu einem inakzeptablen Dilemma: Jeder Franken mehr zur Linderung des Flüchtlingselends in der Region müsste dem Topf entnommen werden, der für die Ärmsten anderswo bestimmt ist.

Mittelmeer wieder wichtigster Fluchtweg

Nachdem der Zustrom von Flüchtlingen über die Balkanroute durch

drastische Massnahmen eingedämmt worden ist, nimmt die Flüchtlingszahl auf dem Weg über das Mittelmeer zu. Allein seit Beginn des Jahres sind so mehrere hunderttausend Menschen nach Europa gekommen. Weitere Hunderttausende, die in Nordafrika blockiert sind, hoffen auf eine Chance, es auch noch zu schaffen. Die Flüchtlingskrise auf dem Mittelmeer wird sich verschärfen. Sie hat bereits jetzt Tausende von Menschen das Leben gekostet.

Im Mittelmeer lassen sich Landesgrenzen nicht leicht kontrollieren, und mit den nordafrikanischen Staaten ist ein Rückschaffungsdeal wie jener mit der Türkei

kaum machbar. Dieser Zustrom wird unser Land viel stärker betreffen als jener über die Balkanroute; der Bund hat sich entsprechend darauf vorbereitet.

Die Grenzen dürfen nicht geschlossen werden. Jedem Menschen, der an Leib und Leben bedroht ist und unsere Grenzen erreicht – die europäischen oder die nationalen –, muss garantiert werden, dass er einen Asylantrag stellen kann. Das verlangt die Genfer Flüchtlingskonvention, das verlangen die Menschenrechte. Asylpolitik ist aber nur möglich, wenn Grenzen kontrolliert werden, um von dort aus Asylverfahren in die Wege zu leiten.

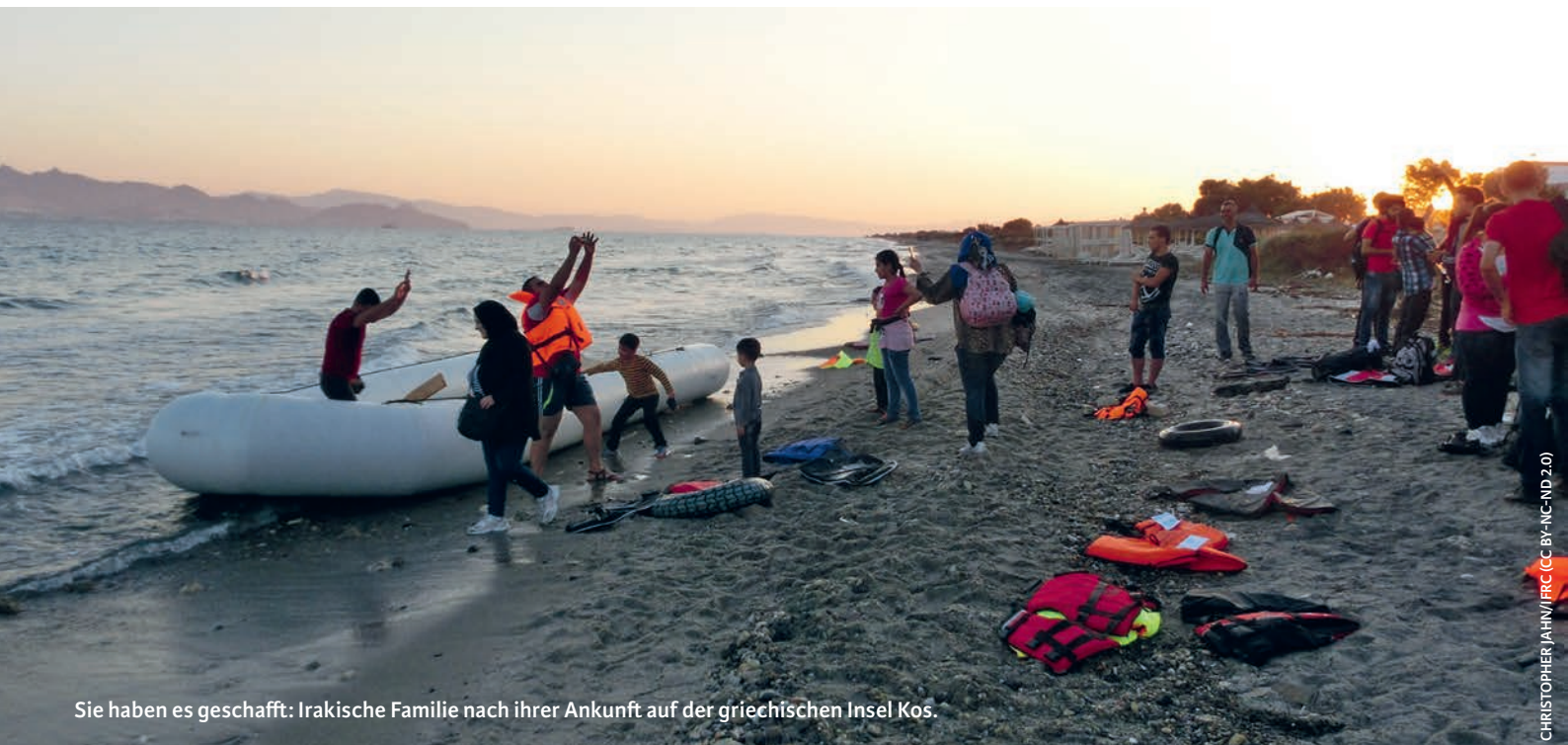
Vorbildliche Migrationspartnerschaften

Die Rückkehr ins Heimatland ist mit Risiken verbunden. Wir sind nicht prinzipiell gegen das Konzept der «sicheren Herkunftsländer». Doch diese müssen rechtsstaatliche Voraussetzungen bieten, sodass eine generelle Gefährdung ausgeschlossen werden kann. Gleichzeitig müssen die individuellen Gefährdungsgründe genau abgeklärt werden.

Die Rückkehr ins Heimatland kann mit Rücknahmeabkommen erleichtert werden. Trotz völkerrechtlicher Pflicht verweigern aber gewisse Staaten die Aufnahme ihrer eigenen Bürger. Die

Schweiz hat vorbildliche Migrationspartnerschaften entwickelt, die in enger Zusammenarbeit mit dem Partnerstaat die Reintegration der Rückkehrer fördern. Die SP unterstützt diese Politik.

Neben dem Schicksal der Flüchtlinge geht es auch um die grundlegenden Prinzipien des friedlichen Zusammenlebens, des Rechtsstaats und der Menschenrechte beziehungsweise – es mag etwas altmodisch klingen – schlicht um Anstand. Die Flüchtlingskrise ist der Prüfstein für diese Prinzipien. Hier müssen wir beweisen, dass es uns gelingt, diese erfolgreich zu verteidigen.



Sie haben es geschafft: Irakische Familie nach ihrer Ankunft auf der griechischen Insel Kos.

CHRISTOPHER JAHN/IFRC (CC BY-NC-ND 2.0)

Dem Rechtspopulismus entgegentreten

Das Flüchtlingsproblem spaltet die Gesellschaft in der Schweiz und anderswo in Europa. Einem breiten Engagement zivilgesellschaftlicher Flüchtlingshilfe steht ein wachsender Rechtspopulismus gegenüber, der erfolgreich die Ängste der Bevölkerung mit fremdenfeindlichen Parolen bedient. Die SVP verfolgt ihr bekanntes Rezept: «Augen und Grenzen zu» – das Flüchtlingselend findet anderswo statt.

Was können wir tun?

■ Die Menschenrechte und die

Flüchtlingskonvention müssen strikt eingehalten werden. Der Bundesrat hat auf meine Interpellation vom März am 3. Juni geantwortet, dass er sich für eine «vollständige und kompromisslose Einhaltung der Konvention und insbesondere des Rückschiebeverbots» stark mache. An diesem Versprechen müssen wir seine Politik messen.

■ Es braucht eine gesamteuropäische solidarische Lösung. Europa ist am Scheideweg: Die offenen Grenzen im Innern Euro-

pas können nur mit einer Reform der Dublin-Regeln und ihrer tatsächlichen Anwendung garantiert werden. Die Verfahren müssen vereinheitlicht werden. Die vereinbarte Registrierung der Flüchtlinge im ersten Ankunftsland ist aber nur durchsetzbar, wenn sich Europa auf eine Umverteilung der Schutzbedürftigen einigen kann. Die Schweiz ist mit gutem Beispiel vorangegangen. Die Verweigerung der Osteuropäer, Franzosen und Engländer ist inakzeptabel.

■ Drittens müssen wir die gesellschaftliche Akzeptanz einer offenen Flüchtlingspolitik stärken, um möglichst viele an Leib und Leben bedrohte Flüchtlinge retten zu können. Wenn wir dabei als Sozialdemokraten etwas erreichen wollen, kann es nicht nur darum gehen, gesinnungsethisch Recht zu haben, sondern vor allem darum, uns verantwortungsethisch für politisch tragfähige Lösungen einzusetzen, um Recht zu bekommen.



Im Herbst droht der nächste Schock: Die Krankenkassenprämien werden im Durchschnitt um 5 Prozent steigen

DIE INTERESSEN DER KRANKENKASSEN sind in der Gesundheitspolitik oft wichtiger als diejenigen der Bevölkerung.

Ungesundes Krankenkassen



Barbara Gysi,
Nationalrätin SP,
St. Gallen

In einem Umfeld von Null-Teuerung und Minuszinsen dürften die Krankenkassenprämien auf nächstes Jahr wieder um durchschnittlich 5 Prozent steigen, wie anfangs Juli bekannt wurde. Das ist happig und belastet die Familienbudgets heftig. Massnahmen dagegen sind dringend nötig, aber leider nicht einfach umsetzbar. Die Lobby der Krankenversicherer im Bundesparlament ist gewaltig, die Unterstützung für die Prämienzahlenden hingegen deutlich weniger ausgeprägt. So finden versicherungsfreundliche Vorstösse immer wieder Mehrheiten, während Verbesserungen für die Prämienzahlenden ein rauer

(Spar-)Wind entgegenweht. Die SP will nun mit verschiedenen Massnahmen die Prämienbelastung beschränken und die Macht der Krankenkassenlobby eindämmen.

Gut bezahlte Lobbymandate

In der Gesundheitspolitik ist das Lobbying besonders intensiv und lukrativ. Allein in der nationalrätlichen Gesundheitskommission sitzen ein Drittel der Mitglieder in einem Verwaltungsrat oder Beirat eines Krankenversicherers oder vertreten einen der beiden konkurrierenden Kassenverbände. Besonders beliebt sind Mandate bei der Groupe Mutuel, die halbe SVP-Delegation ist da engagiert. Aber auch Visana, Concordia, Santésuisse und Curafutura sind vertreten. Diese Mandate sind zum Teil sehr gut bezahlt. Das Concordia-Mandat von Ruth Humbel bringt rund 50 000

Franken, das Curafutura-Präsidium von Ignazio Cassis sogar an die 300 000 Franken, doch längst nicht alle Vergütungen werden transparent ausgewiesen.

Kein Wunder also, sind die Debatten um die Krankenversicherungsgesetzgebung oder die Aufsichtsgesetze besonders umstritten und wird alles unternommen, um die Macht der Politik zu beschränken. Jüngstes Beispiel war die Überweisung mehrerer Vorstösse zur Tariffestlegung mit dem Ziel, die Kompetenz des Bundesrats auszuhebeln und den Versicherungen mehr Macht zu geben. Die Tarifgestaltung drückt direkt auf die Kosten durch, da braucht es Regulierungsmöglichkeiten. Wir brauchen ein Mittel gegen die steigenden Prämien.

In der Sommersession hat die SP deshalb ein entsprechendes Vorstosspaket eingereicht. Anvisierte Ziele sind: die Kostenent-

wicklung eindämmen, die Belastung der Haushaltseinkommen beschränken und ein Verbot von Lobbymandaten. Nicht alle Forderungen sind neu. Doch müssen wir sie hartnäckig immer wieder einbringen.

Immer höhere Prämienlast für Haushalte

Die steigenden Krankenkassenprämien belasten die Familienhaushalte enorm. Eine Studie des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zeigte kürzlich auf, dass für viele private Haushalte die Bezahlung der Krankenkassenprämien das grössere Problem darstellt als die Begleichung der Miete oder der Steuern. Die Prämienverbilligung in den Kantonen ist nicht ausreichend und zudem vielerorts durch Sparpakete unter Druck. Ein Blick in die verschiedenen Kantone zeigt, dass die Privathaushalte teilweise bis



Viele bürgerliche GesundheitspolitikerInnen haben ein lukratives Mandat bei einer Krankenkasse oder einem Kassenverband.



939 000 Franken verdiente der Helsana-Chef im letzten Jahr – bezahlt aus der Grundversicherung.

lobbying

zu 16 Prozent ihrer Mittel für die Krankenkassenprämien aufwenden müssen. Damit wird das ursprüngliche Ziel bei der Einführung des Krankenversicherungsgesetzes, dass nämlich die Prämien nicht mehr als 8 Prozent des verfügbaren Einkommens eines Haushaltes ausmachen sollen, weit verfehlt. Die Lohnentwicklung hält längst nicht mit dem Anstieg der Prämien mit, und darum belasten diese Ausgaben nicht nur Einzelpersonen und Familien in bescheidenen finanziellen Verhältnissen, sondern auch mittelständische Familien. Die Forderung nach einer maximalen Haushaltbelastung von 10 Prozent wurde darum von der SP bereits wiederholt erhoben.

Grundversicherung finanziert Managerlöhne

Ein Skandal ist auch, dass die Krankenkassen ihre hohen Mana-

gerlöhne aus der Grundversicherung bezahlen. Der Helsana-Chef strich letztes Jahr beispielsweise 939 000 Franken ein. Das darf nicht weiter toleriert werden, wir fordern eine Beschränkung dieser Managerlöhne bei 500 000 Franken. Der Bundesratslohn als Richtwert muss genügen.

Drittes Element im Vorstoss-paket ist ein Verbot von Krankenkassenmandaten für Parlamentsmitglieder. Eine solche Unvereinbarkeitsklausel existiert für Organisationen, die behördliche Verwaltungsaufgaben wahrnehmen. Bislang wurde ihre Anwendbarkeit auf Krankenversicherungsmandate verneint. Absurd, wenn ein ehrenamtliches Mandat bei der Antidopingstiftung verboten ist, ein hoch lukrativer Posten beim Krankenkassenverband hingegen als unverfänglich gilt. Das wollen wir ändern.

Information aus erster Hand

Mit dem Magazin «solidarisch» informiert die SP Schweiz ihre Gönnerinnen und Gönner aus erster Hand über aktuelle politische Entwicklungen.

SP-Mitglieder aus dem National- und Ständerat berichten über ihre jeweiligen Fachgebiete, um Sie über unsere politische Arbeit ins Bild zu setzen.

Unser Einsatz für die sozialdemokratischen Ziele kann dank Ihrer Unterstützung fortgesetzt und verstärkt werden. Wenn Sie «solidarisch» regelmässig, ohne Verpflichtung, erhalten möchten, senden Sie bitte Ihre Postanschrift an solidarisch@spschweiz.ch.

Mit bestem Dank
SP Schweiz

Solid und solidarisch: Stärken wir die AHV!

AM 25. SEPTEMBER WIRD DAS SCHWEIZERVOLK ÜBER DIE AHVplus-INITIATIVE ABSTIMMEN. Ihr Ziel: 10 Prozent höhere AHV-Altersrenten, weil die AHV der sicherste und wichtigste Grundpfeiler unserer Altersvorsorge ist.



Liliane
Maury Pasquier,
Ständerätin SP,
Genf

Die AHV und die berufliche Vorsorge sollen in der Schweiz jeder Rentnerin und jedem Rentner «die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise» ermöglichen. Dieses in der Bundesverfassung verankerte Ziel wird heute nicht erreicht. Zwar werden die AHV-Renten alle zwei Jahre der Teuerung und der Lohnentwicklung angepasst, aber nur teilweise. Resultat: Immer mehr Rückstand auf die Löhne und ständiger Wertverlust. Die berufliche Vorsorge wieder-

um erfasst nicht alle: 13 Prozent der Rentner und 38 Prozent der Rentnerinnen haben keine Rente aus der zweiten Säule und auch kein Geld aus der dritten. Und bei den BVG-Renten erhalten Personen mit tiefem oder mittlerem Einkommen nur eine bescheidene Summe. Kommt dazu, dass die Renten der zweiten Säule sinken, und zwar um bis zu 20 Prozent – ohne dass ein Ende absehbar wäre.

Für viele die wichtigste Einkommensquelle

Im Gegensatz zu den Leistungen aus der zweiten Säule sind die AHV-Renten nicht dem Renditedruck und den Börsenschwankungen ausgesetzt. Zudem hat die erste Säule deutlich weniger hohe Verwaltungskosten. Die Finanzie-

rung der AHV beruht auf soliden Grundlagen; das zeigt ihre finanzielle Gesundheit, die stets über den Prognosen liegt: Abgesehen von einem MWST-Prozentpunkt benötigte die Versicherung seit 40 Jahren keine zusätzliche Finanzierung, um die zunehmende Anzahl Rentnerinnen und Rentner aufzufangen. Die in der Initiative geforderte Rentenerhöhung – im Durchschnitt 200 Franken für Alleinstehende und 350 Franken für Paare – ist mit einer bescheidenen Erhöhung der Lohnbeiträge (je 0.4 Prozent für Arbeitgebende und Arbeitnehmende) finanzierbar. Bei einem Lohn von 6000 Franken macht dies 27 Franken pro Monat aus. Die Finanzierung einer gleich starken Erhöhung durch die Pensionskasse würde eine Person mit gleichem Lohn

zweieinhalb Mal so teuer zu stehen kommen!

Die AHV ist nicht nur die solideste Säule unserer Altersvorsorge, sie ist auch die solidarischste. Die Versicherung ermöglicht eine gewisse Umverteilung: Die Beiträge werden auf dem ganzen Lohn erhoben, doch die Renten sind plafoniert. Die AHV nimmt mit der Gutschrift für Erziehungs- und Unterstützungsaufgaben sowie mit dem Splitting auch Rücksicht auf die Besonderheiten der Lebensläufe von Frauen. Und, noch einmal, die AHV-Renten sind für viele die einzige oder die wichtigste Einnahmequelle. Dies umso mehr, als auch die bedarfsabhängigen Ergänzungsleistungen unter Druck stehen.

Angemessenes Vorsorgesystem

Im Rahmen des Projekts «Altersvorsorge 2020» hat der Bundesrat beschlossen, den Rückgang der Renten aus der zweiten Säule durch eine Erhöhung der neuen AHV-Renten zu kompensieren. Nur haben diese Kompensationsmassnahmen leider äusserst schlechte Chancen, im Nationalrat durchzukommen, und auch die neue Zusammensetzung des Ständerats ist ihnen nicht förderlich. Es braucht deshalb dringend ein angemessenes Vorsorgesystem für die Schweiz, das endlich allen Rentnerinnen und Rentnern unseres so reichen Landes ermöglicht, in Würde zu leben. Der sicherste und effizienteste Weg, dieses Ziel zu erreichen, besteht darin, mit einem Ja am 25. September die AHV zu stärken!





**ALTERNATIVE
BANK
SCHWEIZ**

Anders als Andere.



ABS-Aktien ermöglichen.

ABS-Aktien sind sinnvolle Anlagen mit einer grossen Wirkung. Die Alternative Bank Schweiz finanziert damit über 1'000 soziale und ökologische Projekte. Mit einer Zeichnung ermöglichen Sie eine sozialere und ökologischere Wirtschaft und Gesellschaft.

Machen Sie mit.

Mehr über ABS-Aktien: www.abs.ch/aktien